

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist auf die ausgelegte aktualisierte Projektskizze hin.

Er berichtet über den Dieseltreffen mit der Ministerpräsidentin sowie über den Kommunalen Dieseltreffen in Berlin.

Als Ergebnis des Treffens bei der Ministerpräsidentin sei festzuhalten, dass von Landesebene für die Umsetzung von Maßnahmen in Koblenz Mittel in Höhe von 1 Mio. € zugesagt worden seien. Es sei bereits eine Arbeitsgruppe auf Landesebene eingesetzt worden um zu klären, was aus den zugesagten Mitteln finanziert werden kann. Es zeichne sich ab, dass die Mittel für den Einbau von Dieselfiltern in Busse verwendet würden. Insofern habe die Stadt das Ziel im Auge, die dafür geeigneten Busse der Flotten der EVG und KVG so schnell wie möglich mit entsprechenden Filtern auszustatten.

Der Treffen bei der Bundeskanzlerin in Berlin habe ergeben, dass ein Fonds in Höhe von 1 Milliarde € durch die Automobilindustrie und den Bund zur Verfügung gestellt werde. Die von der Bundeskanzlerin in einer Tischvorlage zunächst präsentierte Forderung auf Erhöhung des Fonds von 500 Mio. auf 1,5 Milliarden unter Zuführung kommunaler Mittel sei durch die kommunalen Vertreter abgelehnt worden, da die Kommunen nicht Verursacher des Problems seien. Für welche Projekte der Fonds zu verwenden sein und wer Mittel hieraus nach welchem Verteilungsschlüssel erhalten werde, sei jedoch noch nicht geklärt worden. Es habe Übereinstimmung dahingehend gegeben, dass alles getan werden müsse was möglich ist, um Fahrverbote zu verhindern. Die am Dieseltreffen beteiligten Städte seien gebeten worden, der Bundeskanzlerin ein Schreiben bezüglich der angedachten Planungen zukommen zu lassen. Ende Oktober / Anfang November werde es mit der neuen Bundesregierung dann einen erneuten Termin geben. Ob die Ausschüttung der Mittel direkt an die Kommunen oder über die Länder erfolgen werde, sei noch nicht klar. Er werde sich beim nächsten Treffen dafür aussprechen, die Mittel den Kommunen direkt zur Verfügung zu stellen. Eine mittelbare Auszahlung über das Land berge das Risiko, dass die für Rheinland-Pfalz angedachten Mittel in Höhe von 50 Mio. € über ein Förderprogramm des Landes verteilt werden könnten, das allen Kommunen zufließt und nicht nur den NOx belasteten Kommunen, wie vom Bund vorgesehen. Der Bund plane eine Verstärkung des Fonds. Die vorgelegte Projektskizze zeige, dass es sich hierbei um einen mehrjährigen Masterplan handeln werde. Insbesondere der Förderung des Radverkehrs komme eine wichtige Bedeutung zu. Über den weiteren Fortgang des Programms werde unterrichtet.

Rm Wefelscheid (BIZ-Fraktion) erkundigt sich, wie zügig die für den ÖPNV vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt werden könnten. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, diese Frage könne derzeit noch nicht abschließend beantwortet werden, da der Bund erst im weiteren Verlauf des Verfahrens ein Programm erstellen werde. Die genaue Verwendung der Mittel werde im Rat dann

noch besprochen. Er stellt fest, dass bezüglich der Frage alternativer Antriebssysteme ergebnisoffen geprüft werde.

Frau Effenberger (Leiterin Umweltamt) ergänzt, Taxen seien im Förderportfolio der Bundesregierung bereits bedacht. Es gebe Überlegungen, diese Förderung aufzustocken. Sie werde das Thema aber noch einmal aufnehmen. Die Projektskizze sei als erster Entwurf zu sehen. Im weiteren Verfahren werde die Bundesregierung dazu auffordern, einen Förderantrag für einen Masterplan aufzustellen. Stichtag für die Einreichung dieses Masterplans sei der 24.11.2017. Wann die Aufforderung zur Einreichung durch den Bund erfolgen werde, sei derzeit noch nicht klar. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sichert in diesem Zusammenhang zu, dass die Gremien so gut wie möglich in das weitere Verfahren eingebunden würden.